

KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

Die Autorin ist
Dipl. Südostasi-
enwissenschaft-
lerin und forscht
zu Arbeit und
Migration in
Myanmar

■ Europa öffnet seine Märkte für Burma

Nur drei Monate nach der Aufhebung der Sanktionen gegen Burma öffnet Europa seine Märkte rückwirkend ab dem 13. Juni 2013. Damit kommt das Land nun in den Genuss der unter der Bezeichnung „Alles außer Waffen“ geläufigen Handelspräferenzregelung. Dem Land stehen die europäischen Märkte für sämtliche Waren außer Waffen und Munition erstmals seit 1997 wieder zoll- und kontingentfrei offen.

Mit dem Abkommen verbindet Europa die Absicht, in dem

Entwicklungsland durch Handel wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch politische Stabilität zu fördern. Doch bis das von Mangelwirtschaft und maroder Infrastruktur geprägte Land davon profitieren kann, wird es dauern. Die in Burma produzierten Güter genügen oft nicht den in der EU geforderten Qualitätsstandards, Hauptabnehmer bleibt China.

Die Vergünstigungen gelten zudem nur für Waren, die komplett im Land produziert wurden. Es handelt sich dabei hauptsäch-

lich um natürliche Rohstoffe und die daraus hergestellten Produkte. Für die Textilindustrie, ein wichtiger Exportzweig, ist dies eine Hürde, denn Stoff für Kleidungsstücke wird zumeist selbst importiert.

Im Jahr 2012 exportierte Burma Waren im Wert von 164 Millionen Euro in die EU. Das sind drei Prozent der Gesamtexporte und 0,01 Prozent der europäischen Importe.

Europäische Kommission 18.7.2013

Rubber Journal Asia 16.7.2013

Mizzima 23.7.2013

■ Zu Risiken und Nebenwirkungen ...

Dem bereits abbeschriebenen und jahrelang isolierten chronisch Kranken Burma wird nun von allen Seiten baldige Besserung bescheinigt, sogar auf eine vollständige Heilung besteht Hoffnung. Wirtschaftliche Entwicklung wird dem Land als Standardbehandlung verschrieben, das Erlassen von Zöllen und Beschränkungen durch Europa ist ein Teil davon. Doch die „behandelnden Ärzte“ sind multinationale Konzerne. Kaum einer, der nicht in den Startlöchern steht, seine „Medizin“ an den Patienten zu bringen. Auslandsinvestitionen heißt die Wunderdroge, wesentliche Sektoren sind Energie, Telekommunikation und Agrarwirtschaft. Auch europäische Firmen mischen mit.

Norwegens Telenor gewann eine von zwei Telekomlizenzen in Burma. Der dänische Bierhersteller Carlsberg, der bereits den laotischen Markt kontrolliert, will bis Ende 2014 eine Brauanlage in Betrieb nehmen, eine zweite ist in Planung. Die deutschen Chemiekonzerne BASF, Bayer und Henkel haben sich bereits in Rangun etabliert. BASF will ab 2014 mit Düngemitteln und anderen Agrarchemikalien in den stark wachsenden Agrarmarkt einsteigen. Unter dem Label Knorr will der britisch-niederländische Konzernriese Unilever eine Fabrik für Trockensuppen und Würzmittel errichten.

Auch wenn die Investoren Schlange stehen, Risiken bleiben in dem von ethnischen und

religiösen Konflikten tief gespaltenen Land. Fehlende Rechtssicherheit ist nicht nur für Investoren ein potentieller Stolperstein. Bürgerrechte, Arbeitsrecht und Umweltschutz spielen höchstens eine periphere Rolle. Einen Schutz vor Enteignung zugunsten von Großprojekten gibt es nicht. Die Behörden setzen verstärkt auf Strafverfolgung, um Proteste gegen Landenteignung und Großprojekte ein Ende zu setzen. Und für den Wachstum versprechenden Agrarsektor werden die Urwälder des Landes geopfert. Bereits jetzt trägt vor allem die Bevölkerung die Kosten dieses Entwicklungskurses.

GTAI 31.7.2013

■ 25 Jahre 8-8-88

Im August 1988 fanden landesweite Proteste für demokratische Reformen und ein Ende der ökonomischen Abwärtsspirale statt. Zum 25. Mal jährt sich das für das Land prägende und traumatische Ereignis. Unzählige persönliche Schicksale prägte jener Sommer. Die Bürgerbewegung

endete am 18. September blutig mit einem Gegenschlag des Militärs. Mit tausenden Toten, Verletzten und drakonischen Gefängnisstrafen wollten die Machthaber jeden Widerstand ersticken. Wer dem entgehen konnte, flüchtete ins Exil.

Heute ist augenscheinlich das erreicht, wofür vor 25 Jahren gekämpft wurde: demokratische Reformen. Doch noch immer nimmt das Militär eine besondere Vormachtstellung ein, nur spielen heute private ökonomische Interessen eine weitaus größere Rolle.